



Nordwind

Mitgliederzeitschrift der SPD Hamburg-Nord • 11. Jg. • Dezember 2011 • Nr. 12

Der Kreisvorstand wünscht allen Mitgliedern ein
besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr 2012



**Ein erfolg-
reiches
Jahr geht
zu Ende ...**



Liebe Genossinnen und Genossen, mit den Nachrückerinnen Sylvia Wowretzko und Barbara Nittrich sind nunmehr 13 von 62 SPD-Bürgerschaftsabgeordneten aus der SPD Hamburg-Nord. 6 davon werden wir in dieser Ausgabe vorstellen. Seit einigen Monaten haben wir im Bezirk eine Koalition mit der FDP. Hauptgrund: Ermöglichung von mehr Wohnungsbau. Wichtiger Aspekt: Schon im Koalitionsvertrag hatten wir festgeschrieben, dass wir uns für Quoren bei Bürgerentscheiden einsetzen. Relevanz? Beim jüngsten Bürgerentscheid zum Bebauungsplan Langenhorn 73 haben ca. 14% der Abstimmungsberechtigten den von allen Parteien im Bezirk (bis auf die LINKE) unterstützten Bebauungsplan gestoppt. Für einen Volksentscheid bedarf es mind. 20% Beteiligung. Es stellt sich die Frage der Legitimation. Sollen wenige Prozent der Abstimmungsberechtigten mehr zu sagen haben als die Abgeordneten der demokratisch gewählten Bezirksversammlung? Es wird Zeit, diese überfällige Debatte zu führen! Das Verhältnis zwischen parlamentarischer und direkter Demokratie in Hamburg ist noch nicht austariert.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein ereignisreiches politisches Jahr 2011 geht zu Ende. Mit der Hamburg-Wahl im Februar sind wir wieder zur bestimmen Kraft im Rathaus und in den sieben Bezirken geworden. Die nukleare Katastrophe in Japan hat die Bundesregierung zu einem endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie gezwungen. Die Schuldenkrise in Griechenland und anderen europäischen Staaten hat gezeigt, dass die Sanierung der öffentlichen Haushalte wichtig ist und die Staaten der Euro-Zone in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik eng miteinander verbunden sind.

Wie der schwarz-grüne Senat im vergangenen Jahr hat die schwarz-gelbe Bundesregierung in diesem Jahr in allen Umfragen die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler verloren. 2012 wird der Bundestagswahlkampf beginnen. Mit der Mehrheit im Bundesrat und einer guten Politik der SPD-geführten Bundesländer können wir die Alternativen zur schwarz-gelben Politik deutlich machen.

Steuersenkungen, die mit neuen Schulden bezahlt werden, wird der Bundesrat mit den Stimmen der SPD-Länder ablehnen. Auch in der Energiepolitik können wir zeigen, wie es besser geht: Der Hamburger Senat verhandelt mit den Energiekonzernen E.ON und Vattenfall nicht nur über eine Beteiligung an den Strom-, Gas- und Fernwärmenetzen. Durch eine energiepolitische Verständigung soll der Ausstieg aus der Atomenergie mit klugen Investitionen zu Gunsten regenerativer Energien begleitet werden.



In der Wohnungspolitik dürfen wir keine Zeit verlieren. Die steigenden Mieten sind das Ergebnis der Senatspolitik der letzten Jahre. Wir haben versprochen, dass in Hamburg künftig jedes Jahr 6.000 neue Wohnungen gebaut werden. Damit alle an einem Strang ziehen, hat der Senat mit den Bezirken einen Vertrag für Hamburg unterzeichnet und Vereinbarungen mit der Wohnungswirtschaft getroffen, die wir jetzt gemeinsam umsetzen müssen. Es gibt also viel zu tun im kommenden Jahr – für unsere Abgeordneten, den Senat und die Hamburger SPD. Ich wünsche Euch schöne Weihnachtsfeiern in den Distrikten, erholsame Feiertage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr 2012!

Euer

Peter Tschentscher
Kreisvorsitzender

Euer Urs

Rechtsanwälte

Marc Kaiser & Urs Tabbert

Kompetenzen:

Allg. Zivilrecht

Arbeitsrecht

Strafrecht

Mietrecht

Internetrecht

Gewerblicher Rechtsschutz

Verbraucherschutzrecht

Hochschulrecht

Prüfungsrecht

Personalvertretungsrecht

Scheidungen, Erb-, Verkehrsrecht

Sprechzeiten:

Montag-Freitag, 10⁰⁰-18⁰⁰ Uhr

Möllner Landstraße 20
22111 Hamburg

Tel: 040/736 798 11

Fax: 040/736 798 12

Inhaltsverzeichnis

Finanzpolitik

Steuergerechtigkeit3

Bürgerschaft

Haushalt konsolidieren4

Muslima mit Kopftuch4

Europäische Union

Mehr Europa wagen5

Interview

It's a Man's World6-7

Neue Abgeordnete8-9

Widmung

80. Geb. Ursula Preuhs10

Schulpolitik

Stadtteilschule11

Energiepolitik

Experten diskutieren12

Distrikte

Bei BND nicht zwingend
an Agenten denken13

Kreisvorstand14

**Veranstaltungen/
Abgeordnetenbüros**15

**Gratulationen/
Impressum**16

Steuergerechtigkeit statt Sponsorenrepublik

Höhere Steuern für Reiche dürfen nicht an Verwendungszwecke geknüpft werden

Von Wolfgang Rose

Endlich ist Bewegung in die Debatte um gerechtere Steuern gekommen: Wurden Forderungen nach Vermögenssteuer und höheren Spitzensteuersätzen lange Zeit als „Neiddebatten“ verleumdet, sind es nun immer mehr Reiche selbst, die öffentlich einfordern, stärker zur Kasse gebeten zu werden, um die Drift der sozialen Spaltung zu stoppen. Ob Superreiche in den USA, Millionäre in Frankreich oder jetzt auch deutsche Spitzenvermögende wie Michael Otto: Sie wollen mehr abgeben, denn sie wurden in den letzten Jahren massiv bevorteilt. Schon seit 2009 fordern 50 deutsche Millionäre in der Initiative „Vermögende für eine Vermögensabgabe“ die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und sogar, als Ausgleich für deren nunmehr vierzehnjährigen Ausfall, eine zeitlich begrenzte höhere Sonderabgabe.

Vermögende haben seit den 90er Jahren von Steuerpolitik profitiert

Dafür ist es höchste Zeit. Denn es stimmt ja: Während die Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Steuern, Abgaben, Vorsorgelasten und Lebenshaltungskosten unter dem Strich höher sind als früher, wurden die Vermögensbesitzer und Bezieher hoher Einkommen seit den 90er Jahren massiv begünstigt. Der Spitzensteuersatz für Einkommen sank von 56 Prozent unter Helmut Kohl (CDU, wohlgemerkt) auf heute 42 Prozent (für Reiche ab 250.000 Euro Jahreseinkommen: 45 Prozent). Während dieser Steuersatz bis 2009 auch für Kapitaleinkünfte galt, werden diese heute nur noch mit 25 Prozent „Abgeltungssteuer“ belegt. Während bis 1997 ein Prozent Vermögenssteuer auf

Vermögen über 500.000 Euro fällig waren, wird sie seitdem nicht mehr erhoben; und auch die Körperschaftssteuer für Unternehmen wurde von vormals 25 auf 15 Prozent abgesenkt.

Auch Reiche treten für höhere Steuern ein

Die Initiativen der Reichen für höhere Steuern sind lobenswert. Was jetzt nicht passieren darf: die Steuerarten in Gut und Böse zu unterteilen, sie gegeneinander auszuspielen oder ihre Verwendung an bestimmte Zwecke zu binden.

Michael Otto will zwar gern einen höheren Spitzensteuersatz zahlen, aber keine Vermögensteuer. Doch nötig ist beides gleichermaßen: Bei der Einkommenssteuer sind es inzwischen die mittleren Einkommen, die den (auch relativ) höchsten Beitrag leisten, nicht die hohen. Dies muss dringend korrigiert werden. Und bei der Vermögenssteuer geht es darum, dass die Besitzer hoher Privatvermögen zumindest einen kleinen Teil ihrer Extragewinne wieder an die Allgemeinheit zurückgeben. Nicht nur Vermögensbesitzer sind gesellschaftliche „Leistungsträger“: Jede Erzieherin oder Pflegekraft leistet Enormes, wird aber aus dieser für das Gemeinwohl so wichtigen Arbeit niemals ein Vermögen bilden können.

Was wir brauchen, ist Steuergerechtigkeit in zwei Richtungen: zum einen eine gerechtere Lastenverteilung zwischen niedrigen und hohen Einkommen, zwischen Arbeitnehmern und Vermögensbesitzern. Und zum anderen eine gerechtere Verteilung zwischen privatem Reichtum und öffentlichem Gemeinwohl: Wenn der Staat seine Aufgaben so leisten können soll, dass die für eine moderne und solidarische Gesellschaft angemessenen Dienst- und Infrastrukturleistungen in hoher Qualität für alle er-

bracht werden, dann muss er auskömmlich finanziert werden.

Daher ist es auch ein falscher Zungenschlag, wenn Marius Müller-Westernhagen ebenso wie der SAP-Gründer und Multimilliardär Dietmar Hopp – er überwies 100.000 Euro an Schäuble zum Schuldenabbau – ihre Bereitschaft zu höheren Steuern mit der Forderung verknüpfen, die Mehreinnahmen dürften ausschließlich zur Schuldentilgung verwendet werden. Dies ist erstens in der Sache falsch, denn die höheren Steuereinnahmen sind ja gerade deshalb wichtig, um die notwendigen öffentlichen Aufgaben und Investitionen auch trotz hoher Ausgaben für die Schuldentilgung leisten zu können. Genauso, wie wir künftigen Generationen keinen überschuldeten Staatshaushalt übergeben sollten, sollten wir ihnen auch keine marode Infrastruktur und kein zerfallenes Gemeinwesen übergeben, dessen Lasten und Aufgaben immer mehr privatisiert werden.

Steuern sind ein Beitrag zur Gemeinschaft!

Und zweitens zeigen diese Zweckbestimmungsdictate ein falsches Selbstverständnis in der obersten Einkommensgruppe: Denn ihre Steuern sind ja gerade keine milden Gaben, über deren Verwendung sie selbst nach eigenem Gutdünken entscheiden. Die Steuern sind der gerechte, am Leistungsvermögen orientierte Beitrag aller zur gemeinsamen Gesellschaft. Über ihre Verwendung entscheiden alle gemeinsam – nämlich demokratisch – und nicht einzelne, nur weil sie besonders viel zahlen. „Eigentum verpflichtet“ heißt es im Grundgesetz und das „Steuermonopol“ muss beim Staat bleiben. Eine demokratische Gesellschaft braucht gerechte und ausreichende Steuern – sonst wird sie zur Sponsorenrepublik, abhängig von der gnädigen Willkür der Wohlhabenden. ●

Haushalt konsolidieren – Infrastruktur sanieren – „Hamburg 2020“ gestalten

SPD-Bürgerschaftsfraktion steckt finanzpolitischen Handlungsrahmen ab und beschließt konkrete Vorhaben

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion will den Senat im Rahmen der Haushaltsberatungen beauftragen, ein „Sanierungsprogramm Hamburg 2020“ aufzulegen und die Investitionsplanungen konsequent auf die Sanierung von Straßen, Wegen, öffentlichen Gebäuden, Grünanlagen und Spielplätzen auszurichten. Für den Doppelhaushalt 2013/2014 sollen dafür mindestens 200 Millionen Euro umgesteuert werden. „Wir wollen den Verfall der öffentlichen Infrastruktur stoppen; der Zustand vieler Straßen, Grünanlagen und Gebäude beeinträchtigt massiv die Lebensqualität in unserer Stadt. Aber auch die Konsolidierung des Haushalts ist gefährdet, wenn immer öfter in Ersatz investiert werden muss, anstatt regelmäßig Unterhaltmaßnahmen vorzunehmen“, warnt Jan Quast, der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion.

Die SPD-Fraktion beschloss auch, einen eigenen „Sanierungsfonds Hamburg 2020“ in Höhe von 40 Mio. Euro für 2011/12 aufzulegen, der im nächsten Doppelhaushalt auf insgesamt 50 Millionen Euro aufgestockt wird und zur Bezuschussung von gezielten Instandhaltungsprojekten in der Stadt verwendet werden soll. Erste konkrete Maßnahmen aus dem „Sanierungsfonds Hamburg 2020“ sollen schon in diesem Dezember der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Ein weiteres ganz konkretes Sanierungsprogramm betrifft die Studierendenwohnungen, insbesondere des Studierendenwerks. Diese sollen Schritt für Schritt saniert werden – auch energetisch. Die Stadtentwicklungsbehörde soll hierzu aus ihren Fördermitteln 2 Millionen Euro bereitstellen.

Haushaltskonsolidierung steht im Mittelpunkt

Im Mittelpunkt der Haushaltsberatungen steht aber die Konsolidierung des Haushalts. An dem auf die Schuldenbremse

2020 ausgerichteten konsequenten Konsolidierungskurs mit den drei Eckpfeilern Begrenzung des jährlichen Ausgabenanstiegs auf maximal 1 Prozent, Abbau von 250 Beschäftigten pro Jahr und der konsequenten Anwendung des Prinzips „pay as you go“ wird die SPD-Fraktion festhalten, so das einmütige Votum der 62 Abgeordneten. „Daran werden auch die Mehreinnahmen nichts ändern, die die November-Steuerschätzung erwarten lässt“, so Jan Quast: „Die Mehreinnahmen werden uns nicht verleiten, das Füllhorn auszuschütten. Jeder Cent wird in die Konsolidierung fließen müssen, indem weniger neue Schulden aufgenommen werden. Nur so haben wir die Chance, die grundgesetzlich vorgegebene Schuldenbremse 2020 einzuhalten, ohne unter das Kuratel des Bundes zu geraten.“ Zu den aktuellen Steuersenkungsplänen der CDU-FDP-Koalition, die auch den Hamburger Haushalt belasten würden, forderte Quast den Senat auf, sich diesen Fantasien in den Weg zu stellen: „Für Steuersenkungen gibt es keinen Spielraum, in Hamburg nicht, in den Ländern nicht und auch nicht im Bund.“

Für ein anderes von der schwarz-gelben Bundesregierung erzeugtes Problem, will die SPD-Fraktion Entlastung schaffen. Aufgrund der Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklungspolitik des Bundes sind an vielen Ecken Hamburgs Stadtteileinrichtungen in ihrer Existenz bedroht. Quast: „Dort drohen Einschnitte ins soziale Netz unserer Stadt, die wir zwar nicht kompensieren können, für die wir aber Überbrückungshilfen bereitstellen wollen.“ Die Fraktion hat daher beschlossen, einen „Überbrückungsfonds bezirkliche Stadtteilarbeit“ in Höhe von 1 Million Euro im Doppelhaushalt 2011/2012 einzurichten. Die Bezirke sollen so auf Basis ihrer örtlichen Kenntnisse Zwischenfinanzierungen ermöglichen können. Unverzichtbare Stadtteileinrichtungen sollen eine Chance erhalten, auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt zu werden. ●

Muslima mit Kopftuch im öffentlichen Dienst?

Können Muslima, die in Übereinstimmung mit ihrem Glauben in der Schule und auch im Unterricht ein Kopftuch tragen wollen, als Lehrerinnen/Referendarinnen beschäftigt werden?

Von Jürgen Näther

Das Kopftuch macht seine Trägerin als gläubige Muslimin kenntlich. Insoweit ist das Tragen des Kopftuchs auch ein Bekenntnis zum und eine Werbung für eine religiöse Überzeugung.

Muslimischen Lehrerinnen sollte es frei gestellt werden, ein Kopftuch zu tragen

Der Islam wird von Muslimen (und Nichtmuslimen) sehr unterschiedlich verstanden - wie das Christentum von Christinnen und Christen. Das bedeutet auch, dass aus dem Tragen des Kopftuchs nicht geschlossen werden kann, dass die Trägerin

ein bestimmtes Menschenbild vertritt. Folglich kann das Kopftuch nicht eo ipso als Indikator für ein Rollenverständnis begriffen werden, das mit dem Grundgesetz nicht vereinbar wäre.

Dass das Kopftuch weithin als eindeutiges Indiz für eine mit den Werten des Grundgesetzes kollidierende Haltung seiner Trägerinnen verstanden, d. h. missverstanden wird, kann eine pauschale und einheitliche Klassifizierung und, was ihre Eignung für den Lehrberuf angeht, Diskriminierung von Muslima nicht rechtfertigen.

Das Tragen des Kopftuches kann Anlass sein, Trägerinnen, die Lehrerinnen werden wollen, nach ihrem Rollenverständnis etc. zu befragen. Soweit dabei nicht ersichtlich wird, dass die Befragten ein grundgesetzwidriges Menschenbild und Rollenver-

ständnis vertreten, kann das Tragen des Kopftuchs kein Grund sein, ihnen den Eintritt in den Schuldienst zu verweigern.

Im aktuellen Fall muss auch die Tatsache berücksichtigt werden, dass nicht die Aufnahme in den Schuldienst, sondern in die zweite Stufe der Lehrerausbildung begehrt wird.

Insoweit wäre denkbar, die grundsätzliche Frage nach der Vereinbarkeit von Kopftuchtragen und Unterrichten (noch) nicht zu stellen und lediglich zu prüfen, ob eine Übernahme als Referendarin zu versagen ist.

Auch wenn man damit einer Grundsatzdiskussion möglicherweise vorerst aus dem Wege gehen kann, sollte die Grundsatzfrage, die früher oder später ohnehin zu beantworten sein wird, nicht ausgeklammert werden.

Die Entscheidung, ob eine Kopftuchträgerin in der Schule unterrichten darf oder nicht, kann nicht der einzelnen Schule überlassen werden.

Vielmehr muss die zuständige Fachbehörde eindeutig Stellung beziehen.

Sollte sie die Beschäftigung von Kopftuchträgerinnen ablehnen, kann sie keine gegenteilige Praxis dulden.

Sollte sie das Tragen des Kopftuches im Unterricht oder jedenfalls im Rahmen des Referendariats grundsätzlich für zulässig halten, muss sie auf eine entsprechende Entscheidungspraxis hinwirken. Jedenfalls muss vermieden werden, dass Schule und/oder Schulaufsicht zu einer Entscheidung kommen, von der sie nicht wissen können, ob sie im Beschwerdefalle von höherer Stelle bestätigt oder aufgehoben wird.

Mehr Europa wagen – fangen wir an!

Europawahlkampf 2009: Wie üblich interessieren sich die potenziellen Wählerinnen und Wähler kaum dafür, wie es mit Europa politisch weitergehen soll.

Von Christian Carstensen

Auch innerhalb der Parteien hält sich das Engagement in überschaubaren Grenzen, denn in Deutschland wirft schließlich die Bundestagswahl schon längst ihren Schatten voraus. Heraus kommt dabei das übliche Ergebnis. Die Wahlbeteiligung ist gering und dadurch der Anteil der Konservativen besonders hoch, da insbesondere ihre Klientel an jeder Wahl teilnimmt.

Zwei Jahre später hat sich die öffentliche Wahrnehmung deutlich verändert. Über Wochen und Monate bestimmt Europa die Schlagzeilen und viele politische Gespräche in großer oder kleiner Runde. Fragen nach Ursachen und Wegen aus der Eurokrise werden ebenso gestellt, wie die grundsätzliche Frage nach der Zukunft Europas.

Es wäre nun Zeit und Gelegenheit für Antworten der europäischen Sozialdemokratie auf die vielen berechtigten Fragen und auf einen Gegenentwurf zum bisherigen konservativ-neoliberal geprägten Europa. Dreh- und Angelpunkt sollte dabei die weitere Demokratisierung durch Stärkung der parlamentarischen Gremien sein. Dem von uns Sozialdemokraten betonten

Vorrang (Primat) der Politik gegenüber den unkontrollierten Märkten, könnten wir derzeit ein wesentliches Stück näher kommen.

Europa braucht sozialdemokratische Antworten

Schon werden Debatten über eine Wirtschaftsregierung oder sogar über die Verwirklichung der Idee von den Vereinigten Staaten von Europa geführt. Tatsächlich könnte eine große Chance in der Entwicklung der EU gerade darin bestehen, die Entscheidungsbefugnis der zwangsläufig auf ihre nationalen Interessen bedachten Regierungschefs der Mitgliedsländer, auf eine rein europäisch orientierte Regierung zu übertragen.

Aber wo bleibt die Stimme der europäischen Sozialdemokratie? Wer von uns kennt die Position der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) zur Zukunft der Eurozone? Beschlossen übrigens erst am 25.10.2011 als Statement der SPE „Eurozone Leaders“. Nicht einmal der Vorrang dokumentiert derartige Beschlüsse oder lässt etwa den Präsidenten der SPE, Poul Rasmussen zu Wort kommen.

Solange der gemeinsame Namensarti-

kel von Sigmar Gabriel, Ed Miliband (Labour) und Hakan Juholt (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens) Anfang November im Handelsblatt eine seltene Ausnahme darstellt, auch die SPD also fast ausschließlich nationalstaatlich denkt und handelt, werden wir gegenüber den globalen Wirtschaftsinteressen weiterhin das Nachsehen haben. Der Vorrang der Politik lässt sich jedenfalls auf diese Weise nicht durchsetzen. Wir brauchen vielmehr ein alltägliches Selbstverständnis, dass es neben der kommunalen, Landes- und Bundesebene auch noch die europäische Ebene gibt, die wir im Sinne der sozialen Demokratie auch von Hamburg bzw. Deutschland aus politisch mitgestalten sollten. Regelmäßige Informationen über die Arbeit der SPE und ihrer Mitgliedsparteien, Beteiligung der Basis bei der Positionierung unserer (!) SPE, denn laut Satzung sind alle Mitglieder der SPD auch Mitglieder der SPE und gemeinsame Aktionen aller Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten innerhalb der EU bilden die notwendige Grundlage, den gewünschten politischen Raum endlich auch sozialdemokratisch zu füllen. Fangen wir also an, mehr Europa zu wagen.

It's a Man's World – oder Frauen in den Parlamenten

Die AsF Nord stellt derzeit auf ihrer Internetpräsenz <http://www.asf-hamburg-nord.de> Frauen aus Nord vor, die für die SPD in den örtlichen Parlamenten sind. Die Abgeordneten beantworten die Fragen von Petra Ackmann und Caterina King. Es geht darum, das politische Profil unserer Mandatsträgerinnen kennen zu lernen und vorzustellen: Warum engagieren sie sich? Was bedeutet Politik den Politikerinnen und welche Ziele haben sie? Was verstehen sie unter Frauenpolitik und was erwarten sie sich von Frauenorganisationen wie der AsF?

Aktuell zu lesen ist das Gespräch mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, sozialpolitischen Sprecherin und Wahlkreisabgeordneten in der Hamburgischen Bürgerschaft Ksenija Bekeris.

Wir sind spät dran an diesem herbstlichen Abend im Oktober. Schon von weitem sehen wir Ksenija Bekeris in ihrem hell erleuchteten Abgeordnetenbüro in der Pestalozzistraße 21a am Computer sitzen. Sie ist alleine, ihre Mitarbeiter sind schon gegangen. Herzlich ist der Empfang. Auf unsere Entschuldigung hin sagt Ksenija: „Macht nichts, es gibt immer was zu tun.“



AsF: Was sind die Aufgaben einer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden?

KB: Das ist eine neue Aufgabe für mich in dieser Legislatur. Aber sie bringt ganz besondere Freude. Der Vorstand strukturiert die Arbeit der Fraktion. Wir sind geschäftsführend tätig, aber auf dieser Ebene geht es natürlich auch um die inhaltliche Ausrichtung und wir besprechen hier alle Themen. Wir haben einzelne Zuständigkeiten, ich z.B. betreue den Eingabenausschuss und den Bereich Kinder, Familie und Jugend.

AsF: Was macht Politik für Dich aus?

KB: Gestalten. Menschen davon zu überzeugen, sich am politischen Prozess zu beteiligen: zu Wahlen zu gehen, aber auch andere Formen für sich in Anspruch zu nehmen. Für mich persönlich heißt es, mitzuarbeiten, auch auf niedrigerer Ebene, vor Ort. Das ist für mich sehr wichtig, denn wenn man sich daheim

nicht wohlfühlt, hat man meistens auch keine Lust mehr, über den Tellerrand hinauszuschauen. Ich will daran mitarbeiten, dass sich etwas ändert.

AsF: Was sollte sich Deiner Meinung nach ändern? Was liegt Dir am Herzen?

KB: Mein Thema ist die Sozialpolitik und besonders am Herzen liegt mir die Wohnungs- und Obdachlosenpolitik. Hier zeigt sich, wie die Gesellschaft mit denen umgeht, die ganz am Rande stehen, bzw. eigentlich schon rausgefallen sind. Ich möchte, dass keine Jugendlichen und generell keine Menschen bei uns auf der Straße leben müssen. Ich möchte, dass wir hinsehen und fragen, wie es zu diesen Schicksalen kommt. Langfristig möchte ich, dass wir hier in Hamburg ein Umsteuern sehen und dass alle Menschen mitgenommen werden. Aber das ist mein Anliegen für Hamburg. Vor Ort möchte ich, dass sich beim Thema Hertie endlich was ändert. Das stört die Menschen hier. Und ich möchte das ändern, dass hier der Stadtteil so herunterkommt. Da stecken ja viele Themen dahinter wie Spekulation usw. Hier wird sicht- und greifbar, dass man die Finanzmärkte regulieren muss. Das gehört zwar nicht zu meiner Arbeit in der Hamburgischen Bürgerschaft, aber da ist die SPD als Partei auf dem richtigen Weg.

Das Thema Hertie hier in Barmbek zeigt ja auch, dass es einfach viel zu oft an Transparenz fehlt. Die Menschen wissen z.T. gar nicht, was genau passiert. Beim Hertiegebäude ist es schon schwierig, überhaupt einen Eigentümer ausfindig zu machen. Also wer trägt die Verantwortung? Das wollen die Menschen wissen, das fordern sie zu Recht. Politik muss also Transparenz organisieren. Sowohl was sie selbst angeht, aber auch in anderen Bereichen. Einerseits braucht Politik z.B. in den Distrikten geschützte Räume und schafft sich diese auch, andererseits müssen Parlamente transparent arbeiten. Das heißt auch, aktiv Politik an die Menschen heranzuführen, dass man da und in der Lage ist, aufzunehmen, was die Menschen bewegt. Dazu gehört auch, sich zu bemühen, Vorgänge wie die um das Hertiegebäude, aufzudecken. Da darf man dann auch keine Scheu haben.

Ich finde es z.B. richtig, dass sich zum Thema Hertie eine Bürgerinitiative gegründet hat und schätze es sehr, wie sich Bezirksamtsleiter und Bezirksabgeordnete hier engagieren, auch wenn es hier und da zwischen den Beteiligten zu Kommunikationsproblemen kommt. Aber auch das kann man überwinden und da gibt es ja auch den Willen.



AsF: Was ist Dein politisches Ziel?

KB: Ich möchte, dass das sozialpolitische Konzept, das wir in der Opposition erarbeitet haben rund um das Thema Obdachlosigkeit, angegangen und langfristig auch umgesetzt wird. Was ich mir als Sozialpolitische Sprecherin ganz konkret für diese Legislatur vorgenommen habe, ist, dass Hamburg wieder ein menschliches Gesicht hat.

AsF: Was ist Frauenpolitik für Dich?

KB: Frauenpolitik heißt für mich und für unsere Zeit, dass wir in einer männlichen Gesellschaft leben. Auch wenn viele junge Frauen ganz lapidar sagen: „Wir sind doch gleichberechtigt“, um dann das traditionelle Rollen- und Geschlechterbild zu wählen. Frauenpolitik heißt für mich auch, an die Tradition der Frauenbewegung wieder anzuknüpfen. Es scheint mir, dass dieser Faden gerade wieder gelockert wird. Wir müssen es schaffen, dass Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen sind. Für Männer wie für Frauen. Und dass sich niemand zu einer Entscheidung gezwungen sieht, sondern sie so treffen kann, wie sie oder er das möchte. Dazu brauchen wir selbstbewusste junge Frauen. Das ist das Wichtigste. Aktuell habe ich daran zu knabern, dass es nicht ganz so einfach ist, einen Haushaltsantrag zu sexualisierter Gewalt durch zu bringen, um die Prävention zu stärken. Das gehört für mich auch dazu: Mädchen zu einem stabilen Selbstbewusstsein zu verhelfen, Nein zu sagen, Grenzen aufzuzeigen usw. Leider sagen viele, dass das, was schon vorliegt, ausreicht. Diese Haltung schockiert mich. Deshalb muss man da dran bleiben. Außerdem herrscht Gleichberechtigung weder beim Lohn, noch bei den Berufsfeldern, den Arbeitszeiten usw., hier zeigt sich, dass wir in einer männlichen Gesellschaft leben. Das muss man auch transparent machen. (Auszüge).

Das vollständige Interview mit Ksenija Bekeris finden Sie unter <http://www.asf-hamburg-nord.de>.

Unsere nächste Gesprächspartnerin wird Andrea Rugbarth,

MdHB aus Langenhorn sein. Unter der Überschrift „Geh dorthin, wo es dich am meisten ärgert, geh zur SPD!“ erzählt Andrea Rugbarth aus ihrem ereignisreichen Leben, über ihre Lehre zur Maurerin, über ihre Ankunft im Westen, wie sie vom privaten Frauenzirkel zur SPD gekommen ist und wie sie in Langenhorn alle Hürden genommen hat, um in die Hamburgische Bürgerschaft einzuziehen. Ein kleiner Vorgeschmack:

AsF: Ein klassischer weiblicher Lebenslauf, als Maurerin anzufangen?

AR: Ja, genau, ich wollte schon immer etwas Alternatives machen (lacht).

AsF: Na klar, und dann muss es ja auch gleich Maurerin sein, das ist ja körperlich auch nicht ganz so unanstrengend, oder?

AR: Es war eine sehr interessante Zeit, weil man natürlich erst einmal gelernt hat, sich unter männlichen Berufskollegen zu behaupten. Das Körperliche war sicherlich anstrengend, aber nicht so, dass man es nicht bewältigt hätte. Natürlich hat man entsprechende Muskeln gekriegt, so richtig schöne Bauarbeiterhände und ein breites Kreuz, aber Kraft hatte ich vorher auch schon. Das wesentlich Spannendere war eigentlich, sich zu behaupten, durchzusetzen, zu zeigen, dass frau das auch kann. Und sich auch im Betrieb durchzusetzen. Da gibt es ja so verschiedene Ausbildungsmodule. Teilweise haben die Abteilungen sich geweigert, eine Frau auszubilden. Und dann musste ich das erst mal über die Gewerkschaft durchsetzen, dass ich diese Ausbildungsmodule auch bekomme.

AsF: Wegen fehlender Toiletteneinrichtungen, oder was ist die Begründung?

AR: Das war dann der vorgeschobene Grund. Eine Sache ist mir noch so ganz in Erinnerung: Da gab es ein Ausbildungsmodul Baumaschinenkunde, dort wurde man in die Reparaturabteilung für Baumaschinen geschickt. Der Meister hat sich dort ganz besonders geweigert, mich zu übernehmen. Ich habe das durchgesetzt und dann war ich die erste Stunde da: Er guckt mich an und sagt: „Komm mal her, Mädels“, nimmt einen Nagel, hält den auf ein Stück Holz, drückt mir einen Hammer in die Hand und sagt: „Schlag zu“. Dachte ich: „Okay, wenn er das meint ...“ und hab’ zugeschlagen. Der wurde blass, richtig blass, und ich hab gesagt, „Wozu sollte das jetzt gut sein?“, und da sagt er: „Das war jetzt der Einstellungstest“. Wenn ich den Hammer genommen und wie mit einem kleinen Goldschmiedehammer so ein bisschen vorne drauf geschlagen hätte, dann hätte er mich gleich wieder nach Hause geschickt. Aber weil ich gleich richtig ausgeholt und doing! richtig zugeschlagen habe, war alles in Ordnung. Er hat schon ein wenig um seine Finger gefürchtet ... Ich hab aber den Nagel voll getroffen und durfte dann dort bleiben. Damit war das Eis gebrochen und wir hatten ein ganz nettes Verhältnis. Er hat mir das dann alles gezeigt, was an Wissenswertem bei diesem Ausbildungsmodul dabei war. Das war spannend, nach 12 Schuljahren eine Zeit draußen in der Praxis zu verbringen, die Schule war für mich ein Klacks, ich hatte ja Abitur, die Berufsschule hat insofern keine allzu großen Anforderungen gestellt, dort habe ich eher die Jungs vom Lernen abgehalten (lacht).

AsF: Das männliche Umfeld geschwächt ...

AR: Ja, genau (lacht). (Auszüge)



Gunnar Eisold

46 Jahre alt, ein 15jähriger Sohn, von Beruf Angestellter. Aktives Mitglied in der SPD seit 1993, davon viele Jahre als Vorsitzender des Distriktes Fuhlsbüttel und als Bezirksabgeordneter. Seit 2008 bin ich als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Fuhlsbüttel-Alsterdorf-Langenhorn, Mitglied der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und hier Vorsitzender des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend sowie Mitglied in dem Verkehrs- und in dem Europaausschuss. Als geborener Fuhlsbütteler, mittlerweile im schönen Langenhorn lebend, ist mir wichtig, dass wir mit Olaf Scholz wieder einen Bürgermeister haben, der die Probleme in Hamburg und im Wahlkreis anpackt: Wir wollen neuen Wohnraum schaffen, den Sanierungsstau an unseren Straßen beenden und - mir besonders wichtig - mit guter Kinderbetreuung und einer Priorität für die Familienpolitik Familien in unserer Stadt unterstützen und entlasten. Im Wahlkreis setze ich mich dafür ein, dass trotz der vom Flughafen ausgehenden Verkehrs- und Lärmbelastungen die umliegenden Stadtteile lebenswert bleiben.



Wolfgang Rose

Geboren wurde ich 1947 in Bremen. In Hamburg habe ich eine Lehre zum Bankkaufmann sowie ein Studium der Sozialpädagogik absolviert. Als Sozialpädagoge in der kirchlichen Jugendarbeit begann ich mich früh als Mitarbeitervertreter und in der Gewerkschaft ÖTV zu engagieren. Seit Gründung von ver.di im Jahr 2001 bin ich ihr Landesbezirksleiter in Hamburg. In der SPD bin ich seit 1971 engagiert. Auf Vorschlag der Gewerkschaften bin ich seit 2008 Abgeordneter in der Bürgerschaft. Meine Aufgabe ist es dort insbesondere, die Positionen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften einzubringen. Das tue ich gerne, denn meine ganze Lebenserfahrung ist davon geprägt, dass im Zusammenwirken von Gewerkschaften und Sozialdemokratie am meisten für die Menschen erreicht werden kann. Fachlich arbeite ich in den Ausschüssen für Wirtschaft, Soziales und Kultur. Mit meiner Frau Gerda bin ich seit über 30 Jahren glücklich verheiratet. Wir haben zwei erwachsene Töchter, und bisher zwei, bald drei Enkelkinder.



Andrea Rugbarth

Jahrgang 1957, 3 Söhne, studierte Bauingenieurwesen mit dem Abschluss als Diplom-Ingenieurin, heute selbständig tätig mit einem Ingenieurbüro für Statik und Konstruktion. Seit 1988 wohnt sie in Langenhorn, engagierte sich zunächst in der Elternarbeit, 2003 Mitgründerin des Weiterbildungskreises „Politischer Freitag“, Eintritt in die SPD 2004. Seit dieser Zeit engagierte sie sich im Jugendhilfeausschuss der BV und in der AsF. Sie ist im Distrikt Langenhorn-Süd beheimatet, ist dort seit 2008 Distriktvorsitzende und gehört dem Landesvorstand der AGS an.

Seit 2008 ist sie Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und vertritt uns im Wirtschaftsausschuss. Die Fraktion betraute sie mit der Aufgabe als Fachsprecherin für den Mittelstand und das Handwerk – mit ihren ersten Aktivitäten setzte sie sich beharrlich für Zuschüsse an die Hamburger Landwirte in der EHEC-Krise ein und vertrat ebenso erfolgreich die Hamburger Wochenmarkthändler hinsichtlich einer Änderung der Zulassungsordnung für die Wochenmärkte. Des weiteren vertritt sie uns im Haushaltsausschuss, Schulausschuss und im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Elbphilharmonie.



Jan Quast

Bevor ich 2001 in die Bürgerschaft gewählt wurde, war ich 14 Jahre in der Kommunalpolitik im Bezirk Nord aktiv, zehn Jahre davon als Bezirksabgeordneter. Auch heute verbindet mich noch viel mit der Bezirkspolitik: Als Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Hamburg (SGK) und Mitglied im Vorstand der Bundes-SGK ist mir die Förderung der Einflussmöglichkeiten der kommunalen Ebene ein wichtiges Anliegen.

In der Bürgerschaft habe ich mich im vergangenen Jahrzehnt vor allem um Stadtentwicklungspolitik gekümmert. Von 2001 bis 2008 war ich stadtentwicklungspolitischer Sprecher und von 2004 bis 2011 auch Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses. Seit der Wahl bin ich Sprecher für Haushalt und Finanzen unserer Fraktion. Den Hamburger Haushalt fit für die Schuldenbremse 2020 zu machen und gleichzeitig die nötigen Investitionen in Bildung, Sicherheit und Infrastruktur sicherzustellen, sehe ich als eine zentrale Aufgabe an, an der ich in dieser Legislatur mitwirken will.



Isabella Vértés-Schütter

Isabella Vértés-Schütter wurde am 22. April 1962 in Hamburg geboren. Zunächst wollte sie Ärztin werden und absolvierte das Medizinstudium 1987 mit Approbation und Promotion. Bereits während des Studiums begann sie eine Schauspielausbildung, 1988 legte sie ihre Prüfung vor der Paritätischen Kommission ab. Seit 1991 spielte sie regelmäßig am Ernst Deutsch Theater und übernahm 1994 die Festivalleitung der „Hammoniale“. Seit dem Tod ihres Mannes Friedrich Schütter im Jahr 1995 ist sie Intendantin des Ernst Deutsch Theaters. Über ihr berufliches Engagement hinaus nimmt sie diverse ehrenamtliche Aufgaben wahr, u.a. im Kulturforum Hamburg, im Kuratorium des Bertini-Preises und als Vorstandsvorsitzende der Stiftung Kinder-Hospiz Sternenbrücke. Isabella Vértés-Schütter ist seit 1994 Mitglied der SPD, gehörte 2004 zum Kompetenzteam des SPD-Spitzenkandidaten Thomas Mirow und wurde 2011 direkt in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Kulturpolitik, darüber hinaus ist sie Mitglied im Gesundheits- und im Wissenschaftsausschuss.



Sylvia Wowretzko

Im August 1955 wurde ich in Hamburg geboren, ich bin verheiratet und Mutter einer Tochter. Meiner Ausbildung zur medizinisch-kaufmännischen Assistentin, folgte von 1995 bis 1998 das Studium der Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP). Seither bin ich in unterschiedlichen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik tätig.

1977 haben mich AsF-Genossinnen mit ihren Aktionen beeindruckt und für die politische Arbeit begeistert, seither bin ich aktives Mitglied der SPD. Soziale Gerechtigkeit ist der wesentliche Antrieb meiner politischen Aktivitäten. Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft bin ich seit Mai 2011. Im Gesundheitsausschuss arbeite ich an den Themen Hebammen und Familienhebammen. Den Haushaltsausschuss beherrscht der Haushalt 2011/2012 und die für 2020 geplante Schuldenbremse: Wie können wir die Neuverschuldung im Sinne der nachfolgenden Generationen eindämmen, ohne heute unnötige Härten für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen? In meinem Abgeordnetenbüro auf dem Dulsberg, Dithmarscher Straße 32, seid Ihr immer herzlich willkommen. Auf Eure Anregungen und Fragen freue ich mich.

Ursel Preuhs ist 80 Jahre jung!

Schön war er – der Empfang zu Ursel Preuhs 80. Geburtstag, nicht nur wegen des ungewöhnlich schönen Wetters!

Von Kerstin Völsch und Sönke Klages

Dabei hatten wir sie zu der Feier überreden müssen, denn so viel Aufhebens um ihre Person hatte sie gar nicht gewollt. Als sie schließlich einverstanden war, wollte sie es „so privat wie möglich!“ Dass die Anwesenden dann doch das „Who is Who“ der SPD und der Seniorenpolitik in Hamburg-Nord repräsentierten, liegt natürlich an Ursels vielfältigem Wirken und der daraus resultierende Zusammensetzung der Gäste: viele WeggefährtInnen aus den verschiedensten Bezügen - eine SPD-Frau wie Ursel Preuhs ist immer und überall aktiv, hat beste Kontakte und hat schon ein „Netzwerk“ gehabt und gepflegt, als der Begriff noch nicht in aller Munde war!



So konnte der Kreisvorsitzende Peter Tschentscher den Bürgermeister a. D. Ortwin Runde ebenso begrüßen wie Genossinnen und Genossen aus Ursels Distrikt Winterhude-Nord und dem Kreisvorstand, ehemalige Kreisvorsitzende, ehemalige Mitabgeordnete aus Bezirksversammlung und Bürgerschaft, Gewerkschaftsvertreter, Freunde aus der AWO, Mitstreiter aus dem Bürgerbüro der SPD, aus dem SoVD und vom Pflgetelefon, vom Seniorenbeirat sowie einige Behördenmitarbeiter, mit denen Ursel in verschiedenen Funktionen eng zusammengearbeitet hat. Und natürlich waren eine ganze Reihe Nachbarn von Ursel aus dem Bärenhof dabei.

Bald 60 Jahre SPD ...

Ursel ist seit beinahe 60 Jahren Mitglied der SPD und war immer aktiv – als Vorstandsmitglied und Kreis- und Landesdelegierte für ihren Distrikt schon so lange, dass es sich kaum noch genau nachvollziehen lässt.

Von 1966–1986 war sie Mitglied der Bezirksversammlung und ab 1973 Vorsitzende der Bezirksversammlung als erste Frau in Hamburg überhaupt. 1986 wechselte sie in die Bürgerschaft

und blieb bis 1997 Abgeordnete. Ursel war viele Jahre Mitglied im Kreisvorstand: Als Schriftführerin, dann Beisitzerin für Kommunalpolitik und schließlich als Beisitzerin für Seniorinnen und Senioren.

Ursels Aktivitäten, auch als Vorsitzende des Landes- und Bezirksseniorenbeirates, waren eine für sie logische Ergänzung ihres Engagements.

Willy-Brandt-Medaille für besondere Verdienste

Für ihre besonderen Verdienste um die SPD und ihr Wirken auch nach außen wurde Ursel mit der Willy-Brandt-Medaille geehrt, die sie von Ortwin Runde entgegennahm.



In seiner gleichsam persönlichen wie politischen Rede würdigte Ortwin nicht nur Ursels jahrzehntelangen unermüdlichen Einsatz für soziale Gerechtigkeit, sondern auch die Hartnäckigkeit und – im positiven Sinne! – Sturheit, die sie dabei an den Tag legte. Sie war und ist streitbar um der Sache willen, und zwar ebenso für politische Grundprinzipien wie für ihre pragmatische Umsetzung. Und sie kannte und kennt dabei keine Angst vor Autoritäten, ob Bürgermeister oder Parteichefs. Ursel stand und steht für „klare Kante“ – das wusste Ortwin auch aus eigener Erfahrung zu berichten.

Die Vorsitzende des Landesseniorenbeirats Inge Lüders unterhielt die Gäste mit einer Rede, in der sie Ursels Engagement würdigte und humorvoll anmerkte, dies sei ja vielleicht doch etwas, was Ursel ganz für sich selbst tun würde, denn „Engagement für andere hält ja jung!“ Stimmt – dafür ist Ursel der beste Beweis!

Schließlich würdigte Wolfgang Rose in einer kurzen Ansprache Ursels lebenslanges Engagement in der Gewerkschaft und besonders auch als Personalrätin.

Die Begegnung mit Freunden sollte im Vordergrund stehen, das hatte Ursel sich für den Empfang gewünscht und so wurde der Nachmittag bei Sekt, Kaffee und Kuchen mit vielen Gesprächen über die gemeinsamen Erinnerungen (unterstützt durch eine Fotowand!) verbracht!

Stadtteilschule für Barmbek-Süd – Erfolg der SPD für Eltern und Kinder!

Als Schulsenator Ties Rabe uns Bürgerschaftsabgeordnete am Abend vor der öffentlichen Verkündung über die Einzelheiten des neuen Schulentwicklungsplanes informierte, konnte ich meinen Jubel kaum zurückhalten

Von Sven Tode

Denn worauf wir Barmbeker Genossinnen und Genossen so sehr gehofft und wofür wir so engagiert gekämpft hatten, wird Wirklichkeit: Barmbek-Süd, Uhlenhorst und Hohenfelde bekommen endlich eine eigene Stadtteilschule!

Das neue Schulangebot wird zum kommenden Schuljahr in der Humboldtstraße 89 in Barmbek-Süd eingerichtet, wo bereits ein wunderbar geeignetes altes Schulgebäude existiert. Vorerst wird dort zwar keine eigenständige neue Schule gegründet, sondern das neue Angebot für die Klassen 5 bis 10 wird als Dépendance der Heinrich-Hertz-Schule eingerichtet. Aber das ist eine sehr gute Lösung, denn die Heinrich-Hertz-Schule hat einen ausgezeichneten Ruf und ist bei den Eltern weit über Winterhude hinaus sehr beliebt. Mit ihrem hohen Renommee kann sie einen guten Start für das neue Angebot und die nötige Attraktivität bei den Eltern sorgen.

Mittelfristig wird dann auch die Gründung einer eigenständigen neuen Schule angestrebt. Und: Alle anderen weiterführenden Schulen im Barmbeker Bereich bleiben ebenfalls erhalten, auch das war uns natürlich wichtig. Nun wollen und müssen wir auch öffentlich für das neue Angebot werben.

Stadtteilschule in Barmbek – Uhlenhorst – Hohenfelde

Damit wird nun eine Forderung eingelöst, für die die Barmbeker SPD sich seit über zwei Jahren eingesetzt hatte. Wir hatten schon unter der CDU-Regentschaft für dieses Ziel gekämpft, aber vergebens. Denn in dem großen, dicht bewohnten Gebiet Barmbek-Süd, Uhlenhorst und Hohenfelde gab es bisher keine Stadtteilschule. Über 600 Schülerinnen und Schüler von hier mussten auf Schulen in Winterhude, Barmbek-Nord oder St. Georg ausweichen und z. T. viele Kilometer Schulweg überwinden.

Im Wahlkampf vor Ort haben wir dann diese Forderung wiederholt – und die Resonanz war groß. Viele Eltern haben mir deutlich gemacht, dass sie sich ein wohnortnahes Schulangebot in Barmbek-Süd wünschen und diese Forderung unterstützen. Überdies sprachen alle Zahlen über heutige Schüler/innen und zukünftige Geburten für diese Entscheidung.

Deshalb ließ sich schließlich auch Schulsenator Ties Rabe persönlich überzeugen. Dabei haben viele mitgeholfen, denen ich ausdrücklich und herzlich danke: Meine Wahlkreis Kolleginnen Ksenija und Sylvia, alle Mitglieder unserer Bezirksfraktion, vor allem Martin Badel, und nicht zuletzt unser Bezirksamtsleiter Wolfgang Kopitzsch. Nach dem Gebührenstopp bei den Kitas und den kleineren Klassen beweisen wir als SPD so ein weiteres Mal, dass uns die Interessen der Eltern und Kinder wichtig sind – auch ganz konkret vor Ort. Darüber freue ich mich sehr. ●



Experten diskutieren die Energiewende

Wie kann die Energiewende funktionieren? Welche Auswirkungen hat es auf uns alle? Was geschieht mit den Strompreisen? Ein Greenpeace-Experte, die Umweltsprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion Anne Krischok und Ex-Umweltsenator Jörg Kuhbier waren der Einladung von Gabi Grehuhn – Vorsitzender des SPD-Distrikts Langenhorn Nord – gefolgt und zu Gast in Langenhorn-Nord

Von Christine Ax

Andrée Böhling, Energie-Experte von Greenpeace machte den Aufschlag und erläuterte, warum Deutschland erneuerbar sei und wie die Energie-Wende in Deutschland funktionieren könne. Auf Kernkraftwerke und neue Kohlekraftwerke könne man durchaus verzichten. Mit einer Mischung aus Energiesparen, einer effizienteren Herstellung Strom und Wärme, dem Ausbau der Regenerativen Energie und der Brückentechnologie „Gaskraftwerk“ sei die Wende möglich. Teurer müsse dies für die privaten Haushalte nicht werden, wenn diese ihre Energiesparpotentiale nutzen. Erfreulich sei, dass die Ausbauziele für Erneuerbare Energien inzwischen übertroffen würden.

Wenig Verständnis für Energiepreissteigerungen

Wenig Verständnis zeigte der Experte für die Energiepreissteigerungen der letzten Jahre. Sie könnten nur zum kleinsten Teil auf die Förderung Erneuerbarer Energie zurückgeführt werden. An den Strombörsen lägen die Strompreise schon lange nahezu konstant bei 5 ct je Kwh. Die privaten Haushalte müssten derzeit mit hohen Strompreisen die Industrie subventionieren. Böhling verwies in diesem Zusammenhang auch auf die steigenden Gewinne der Energiekonzerne. Sein Resümee: Deutschland ist erneuerbar, ohne dass Privathaushalte mit extremen Energiepreissteigerungen rechnen müssen.

Anne Krischok und Jörg Kuhbier gaben mit ihren nachfolgenden Statements dem Greenpeace-Experten recht und kamen dann auf die Energiepolitischen Themen zu sprechen, die Hamburg bewegen.



Jörg Kuhbier geschäftsführender Vorstand des Offshore Forums Windenergie und Vorstandsvorsitzender der Stiftung Offshore-Windenergie verwies auf die Potenziale der Windenergie. Das Erreichen der Ausbauziele, die man sich gesetzt habe, dauere aber vermutlich etwas länger als geplant. Kuhbier erläuterte die in Planung und Bau befindlichen Off-Shore-Windanlagen und lobte die Stadt München,

die weit ab von jeder Küste in Windenergie und große Solaranlagen investiere. Allerdings habe München auch seine Stadtwerke behalten – und nicht verkauft.

Für „intelligente“ Netznutzung

Kuhbier polemisierte gegen die „großartigen Netzausbaupläne“ der DENA. Diese seien überflüssig, wenn man die vorhandenen Netze intelligenter nutze und „ertüchtige“. Und wenn man schon neue Netze bauen wolle, dann solle man vor allem Erdkabel bauen. Diese seien zwar teurer aber sicherer. Die Rolle der großen Energie-Versorger sah auch der Ex-Umweltsenator kritisch. Er frage sich wo die Gewinne geblieben seien. Besonders ärgerlich sei aber, dass die Rückstellungen, die jahrzehntelang für die Entsorgung von Kernkraftabfällen gebildet worden waren, jetzt nicht zu Verfügung stünden.

Sie seien für den Ankauf von Unternehmen verwendet worden.

Für Hamburg formulierte der Ex-Umweltsenator das Ziel „Vorbild dafür werden, wie man Netze effizient und intelligent nutzen könne.“ Mit Blick auf die bevorstehenden Verhandlungen der Stadt zur Neuvergabe der Netz-Konzession sprach Kuhbier sich gegen eine vollständige Rekommunalisierung aus. Eine Minderheitenbeteiligung Hamburgs sei ausreichend.

Transparenz entscheidend!

Das wichtigste sei, das die anstehende Ausschreibung und der künftige Betrieb der kommunalen Netze unter den Bedingungen größtmöglicher Transparenz erfolge.

MdHB Anne Krischok informierte über die laufenden Aktivitäten der Hansestadt im Bereich Energieeinsparung/Energieeffizienz in Schulen, bei der Gebäudesanierung, in Unternehmen und privaten Haushalten. Diese müssten fortgesetzt werden. Sie kündigte zwei Umwelt-Initiativen der SPD-Fraktion an. Erstens müsse umgehend dafür Sorge getragen werden, dass die Kreuzfahrtschiffe am Hafen mit Landstrom versorgt würden. Bis Ende des Jahres erwarte man vom Senat eine umfangreiche Stellungnahmen zu den Senats-Plänen im Bereich Energiepolitik. Mit Blick auf die Netz-Ausbau-Debatte sprach sich die Umweltsprecherin für „virtuelle Kraftwerke“ und



„Schwarmstrom“ aus. Es sei sinnvoll und effizient viele kleine Kraftwerke zu vernetzen. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, seien außerdem weitere Maßnahmen erforderlich: Alle Produkte und Exporte müssten umweltfreundlicher werden und die Lebensstile müssten umweltfreundlicher werden. Es sei ermutigend, dass für viele junge Leute heute, das Auto kein Statussymbol mehr sei.

Deutschland als Vorbild?

„Die ganze Welt schaut auf Deutschland. Jeder kann etwas tun.“ Die anschließende Diskussion berührte eine Vielzahl kritischer Themen. Von Zuhörern wurde

beklagt, dass die heutigen Strukturen de facto auf den Ausverkauf der Gemeingüter hinausliefen. Die Investitionen würden über die Energiepreise von den Bürgerinnen finanziert, während die Gewinne privatisiert würden. Auch die hohen Einspeisevergütungen für regenerative Energien wurden von Zuhörern in Frage gestellt.

Dieser Beobachtung konnte Jörg Kuhbier nur zustimmen: Sowohl bei der garantierten Einspeisevergütung als auch im Biogasbereich sei die „Pervertierung einer guten Idee“ festzustellen. Die Einspeisevergütung sei angesichts von Produktionskosten, die sich alle 10 Jahre halbierten, sehr hoch aber vor allem sei der garantierte Zeitraum zu hoch. Und

wenn Biogas auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion erzeugt würde, laufe definitiv etwas schief. Mit seinem Schlussbeitrag legte Kuhbier ein Bekenntnis zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ab. Die Bereitschaft zum Umbau und zum Umdenken wachse bekanntermaßen mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung, die das Thema erhalte.

„Gastgeberin“

Gabi Greguhn (SPD-Langenhorn-Nord) bedankte sich bei den Gästen und kündigte an, dass dies nicht der letzte Abend sei, der sich mit diesen Fragen beschäftige. Greguhn: „Wir werden uns auch in Zukunft um dieses Thema kümmern.“ ●

Bei BND nicht zwingend an Agenten denken

Bereits im Juni diesen Jahres haben sich die bisherigen Distrikte Barmbek-Nord und Dulsberg zum neuen Distrikt Barmbek-Nord/Dulsberg (BND) zusammengeschlossen. Zuvor hatte der Kreisvorstand die Zusammenlegung entsprechend dem Antrag der beiden Distrikte einstimmig beschlossen.

Von Chris Leineweber

Nach gemeinsamen Gesprächen waren beide Distrikte übereingekommen, dass der Zusammenschluss aus politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zweckmäßig ist und das zielführende Resultat einer langjährigen engen Zusammenarbeit darstellt.

Am 29. Juni wurde Christopher Leineweber im Rahmen der konstituierenden Mitgliederversammlung einstimmig zum ersten Vorsitzenden des neuen Distrikts gewählt. Mit gleichem Ergebnis wurden Verena Blix als Stellvertretende Vorsitzende und Michael Hüttel als Kassierer

bestätigt. Vervollständigt wird der Vorstand durch die Beisitzerinnen und Beisitzer Inka Dame-
rau, Marion Hanusch,
Beate Schmid-

Janssen, Thorsten Szallies, Rüdiger Wendt und Dirk Zieciak. Als Vertreter der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD wurde Marcel Ben Merabet in den Vorstand kooptiert.



Auf einer Vorstandsklausur im Juli wurde der erste Fahrplan festgezurt und Zuständigkeiten verteilt. Der neue Distrikt wird sich monatlich zu Mitgliederversammlungen treffen und die Mitglieder regelmäßig im gleichen Rhythmus mit einem Distriktsinfo Einladen und Informieren. Themenschwerpunkte sollen insbesondere in der aktuellen Kommunal- und

Landespolitik gesetzt werden. Dies wird auch mit den ersten Distriktsversammlungen deutlich, die sich mit den Themen „Urbane Verkehr“, „Wohnungsbau in und um BND“ und „Aktuelles aus der Bürgerschaft“ beschäftigen.

Nur eine dauerhafte Bleibe hat der Distrikt noch nicht gefunden. Zunächst werden die Distriktsversammlungen im räumlichen Wechsel zwischen Barmbek-Nord und dem Dulsberg stattfinden. Ein dauerhaftes Quartier im Grenzgebiet der beiden Stadtteile wäre schön, aber auch diesbezüglich sind die Mieten in Hamburg leider im oberen Rahmen angesiedelt.

Für Fragen, Ideen und Anregungen steht der Distriktsvorsitzende unter christopher.leineweber@web.de jederzeit gerne als Ansprechpartner zur Verfügung. ●



Absender:
SPD-Kreis Nord
Am Hasenberge 44
22337 Hamburg



Schon etwas zum Schmökern
für's Frühstück geholt?

Editorial Design:
Bücher, Broschüren, Magazine,
Kataloge, Geschäftsberichte,
Zeitschriften und Zeitungen

Kreativ-Schmie.de
Thomas Biedermann

www.kreativ-schmie.de

Wir sprechen mit Ihnen und helfen, wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag

14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32/-0

Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 Hamburg

Kreisbüro der SPD
Hamburg-Nord
Am Hasenberge 44
Tel. 4 60 30 42

**Veranstaltungskalender der
SPD Hamburg-Nord**

**Aktuelle Termine findet Ihr immer
unter www.spd-hamburg.de/nord**

+++ Newsticker +++ Newsticker +++ Newsticker +++

Der geschäftsführende Kreisvorstand hat entschieden, dass gemäß Datenschutzrichtlinie des Parteivorstandes personenbezogene Daten – also Kontaktdaten der Funktionäre, der Abgeordneten und die Geburtstage und Jubiläen – nicht im Internet eingestellt werden. Vielfach hatten sich auch schon Funktionäre oder Abgeordnete von sich aus dagegen ausgesprochen, dass ihre persönlichen Daten auf diese Weise im Internet publiziert werden.

Wer die aktuellen Daten der Funktionäre, Abgeordneten und Geburtstage/Jubiläen erhalten möchte, wende sich bitte an das Kreisbüro und fordere dort per Post eine gedruckte Version des „Nordwind“ an.

+++ Newsticker +++ Newsticker +++ Newsticker +++

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 36):

15.02.12. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Ein Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ **Post:** Beiträge und Fotos per Brief oder digitale Daten auf CD an die Redaktion: Urs Tabbert, Zesenstr. 7, 22301 Hamburg

✉ **E-Mail:**
ra.tabbert@rechtfair.com

☎ **Telefon:**
Urs Tabbert, 01 79/5 05 91 56

Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44
22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42

Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de

www.spd-hamburg.de/Nord

V.i.S.d.P.: Peter Tschentscher

Redaktion: Urs Tabbert, Serkan Agci.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Gestaltung: Thomas Biedermann, Kreativ-Schmie.de, Hamburg, www.kreativ-schmie.de

Bilder: Titelseite © www.mediaserver.hamburg.de/C. Spahrbier, S. 2 © Peter Tschentscher, S. 7 © Ksenija Bekeris, S. 8/9 © Die jeweiligen Abgeordneten, S. 10 © Kreis Hamburg-Nord, S. 11 © Ajepbah, S. 12 © Christine Ax, S. 13 © Verena Blix

Druck: Günther Plaut Offsetdruckerei GmbH, Hamburg